Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1532
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 92. **Donnerstag, 17. April 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Poincaré in Offensivstellung.

BPD. Der französische Ministerpräsident hat in einer großen Rede vor den republikanischen Parteien die politischen Forderungen Frankreichs gegenüber Deutschland neu formuliert. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die französische Politik das Sachverständigen-Gutachten nach ihren eigenen Methoden auslegen will, um den bisherigen Kurs soweit als irgend möglich aufrecht erhalten zu können.

In Berliner Regierungskreisen wertet man zunächst die Rede Poincarés lediglich unter den Gesichtspunkten der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und man glaubt, ihr in erster Linie wahlagitatorische Motive unterschieben zu müssen. Nachdem die Sachverständigen moralisch die Ruhraktion Frankreichs verurteilt haben und nachdem man auch in Frankreich einzusehen beginnt, daß diese Politik die Lösung der schwebenden Fragen nicht einen Schritt näher gebracht, sondern nur die unheilvollste Verwirrung angestiftet hat, befindet sich der Leiter der französischen Politik in einer sehr schwierigen Situation. Wenn es ihm nicht gelingt, die öffentliche Meinung in Frankreich so zu beeinflussen, daß das französische Volk noch immer an die Vorzüge des gegenwärtigen Regimes glaubt, so muß Poincaré eine entschiedene Wahlniederlage befürchten. Sein Gegner Briand hat bereits einen so starken Rückhalt in den französischen politischen Kreisen gefunden, daß es ihm unter allen Umständen gelingen kann, nach den Wahlen Poincaré endgültig zu verdrängen. Das sind alles Fragen, die Frankreich angehen, aber sie sind bedeutungsvoll genug, um von Deutschland eingehend gewürdigt zu werden, damit man sich nicht durch die schönen Gesten des Herrn Poincaré aus der Ruhe bringen läßt.

Gegenüber dem Problem der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Reparationslösung haben die Ausführungen des Herrn Poincaré nicht zum mindesten Bedeutung. Niemand hat die französische Regierung aufgefordert, jetzt ihre Meinung zu äußern, und man wird weder in London noch in Berlin irgendwelchen Wert auf die Ausführungen des französischen Regierungschefs legen können, solange Frankreich absolut weder von der Reparationskommission noch von sonst irgend einer Seite zu einer Stellungnahme veranlaßt worden ist. Da die Rede Poincarés zu einer Zeit gehalten wurde, wo die deutsche Antwort an die Repko noch nicht überreicht war, kann man sie auch nicht als eine Erwiderung auf die deutschen Darlegungen ansehen wollen.

Trotzdem verdienen einige Ausführungen Poincarés von deutscher Seite aus entschieden zurückgewiesen zu werden. Wenn er erklärte, die Sachverständigenberichte hätten den Beweis dafür erbracht, daß Deutschland seine Zahlungsunfähigkeit bei rüger scherweise herbeigeführt habe, so ist das eine offenkundige Unwahrheit. Im Gegenteil haben die Sachverständigenberichte mit aller Klarheit ergeben, daß die Methoden der Sanktionen und der Ruhrbesetzung Deutschlands völlige Zahlungsunfähigkeit und die Zerstörung der deutschen Währung herbeigeführt haben. Als erste Voraussetzung zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen und zur Festigung der deutschen Währung wird die Beseitigung der französischen Pfänderpolitik im Ruhrgebiet verlangt. Damit ist diese Unwahrheit, die von Poincaré ausgesprochen wurde, ohne weiteres gekennzeichnet. Weiter agitiert Poincaré mit den Feststellungen der Sachverständigen über die deutsche Kapitalflucht. Er erklärt, die deutsche Regierung habe zugelassen, daß 16 750 Millionen Goldmark ins Ausland geflüchtet sind. Den Beweis dafür, daß die deutsche Regierung ein Verschulden an der Kapitalflucht trifft, bleibt er schuldig und verschweigt die Tatsache, daß aus Frankreich mindestens ebenso viel Kapital geflüchtet ist.

Die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten erreichen jedoch ihren Höhepunkt in der Stellungnahme Poincarés zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit. Er erklärte, daß die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit erst nach einer wirklichen Leistung Deutschlands erfolgen könne und kehrt damit das Gutachten der Sachverständigen gerade ins Gegenteil um. Als Diplomat hätte französische Staatsmann allerdings wissen, daß man mit solchen Manövern sich dem Fluch der Lächerlichkeit preisgibt. Im übrigen wiederholt er seine oftmals ausgesprochene Entschlossenheit, daß Frankreich aus dem Ruhrgebiet sich erst zurückziehen werde, wenn es die Bezahlung seines Reparationsanteils erhalten habe. Offenbar glaubt der französische Ministerpräsident, daß Deutschland niemals die Reparationen bezahlen wird und rechnet mit dieser Tatsache, indem er sich darauf einstellt, das Ruhrgebiet nie wieder aus der Hand Frankreichs zu geben. Wenn nun im Verlaufe von langen Jahrzehnten aber doch die deutsche Reparationsschuld abgetragen sein sollte, wie wird Frankreich sich dann die Fortsetzung der Ruhrbesetzung vorstellen? Herr Poincaré wird es zweifellos nicht mehr erleben, daß die deutsche Schuld, deren endgültige Bezahlung erst in drei Jahrzehnten vorgesehen ist, ganz abgetragen sein wird. Seine Nachfolger werden offenbar klüger sein müssen, denn die Besetzung des Ruhrgebietes wird nicht nur von Deutschland, sondern auch von allen anderen europäischen Mächten als eine Bedrohung des europäischen Friedens angesehen. Die Weltmeinung wird auch niemals damit aufhören, gegen die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes zu protestieren und die Zurückziehung der französischen Besatzung zu fordern. Herr Poincaré mag also seinen Wählern manches Angenehme gesagt haben, er wird letzten Endes aber Schiffbruch erleiden müssen, wenn er sich nicht sehr bald zu einer Politik der Wirklichkeiten bekehren läßt.

* * *

Keine weiteren Schritte der Reichsregierung.

Der „Berliner Presse-Dienst" erfährt von maßgebender Seite: Das Reichskabinett hat sich entschlossen, nach der Beantwortung der Anfragen der Repko in der **Frage der Sachverständigenvorschläge keine weiteren Schritte** zu unternehmen. Das Kabinett Marx hat nicht die Absicht, seinerseits in Verhandlungen mit der Repko oder den alliierten Mächten einzutreten, sondern man will die weitere Erörterung der Sachverständigenvorschläge der aus den Reichstagswahlen hervorgehenden Reichsregierung überlassen. In Berliner Regierungskreisen betont man, daß die Opposition der Deutschnationalen gegen den Außenminister Dr. Stresemann durchaus unberechtigt sei. Mit der grundsätzlichen Annahme des Sachverständigenberichtes sei lediglich der kommenden Regierung der Boden zu den weiteren Verhandlungen vorbereitet und vielleicht würden die Deutschnationalen, wenn sie nach den Wahlen in hervorragender Weise an der Regierung beteiligt sein sollten, nachträglich den Vorteil der von dem Kabinett Marx unternommenen Aktion anerkennen. Die deutsche Antwort hat grundsätzlich alle Hindernisse beseitigt, die einer Hinzuziehung Deutschlands zu den kommenden Verhandlungen über die Durchführung der Sachverständigenvorschläge im Wege stehen könnten. Das Reichskabinett wird nicht genötigt sein, sich einem einseitigen Diktat unterwerfen zu müssen.

In den unterrichteten diplomatischen Kreisen wird heute darauf hingewiesen, daß nach dem Vorschlag der Sachverständigen die **Voraussetzungen zu einer endgültigen Festsetzung der deutschen Reparationsschuld** tatsächlich gegeben sind. Das Zahlungsprogramm der Sachverständigen sieht innerhalb von 36 Jahren einen von Deutschland zu leistenden Betrag von 40 Milliarden Goldmark vor. Im wesentlichen können sich also die Verhandlungen, die deutscherseits auf Festsetzung einer endgültigen Zahlungssumme angestrebt werden, auf das Sachverständigengutachten stützen. Wenn es gelingt, gleichzeitig mit der Regelung der Reparationsfrage auch eine Lösung des interalliierten Schuldenproblems zu finden, so würde höchstwahrscheinlich der von den Sachverständigen festgesetzte Betrag von 40 Milliarden Goldmark als endgültige Reparationssumme angesehen werden können.

* * *

Der Wortlaut der deutschen Note.

)(Berlin. Der Vertreter der **Deutschen Kriegslastenkommission** in Paris hat gestern der Reparationskommission folgende **Note** übergeben:

„Die Deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 11. April über die von den Sachverständigen erstatteten Gutachten zu bestätigen. Auch die Deutsche Regierung sieht in diesem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. **Sie ist deshalb bereit, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern.**"

* * *

Die Note der Reparationskommission

vom 11. April lautete:

„Die Reparationskommission, die von den Sachverständigengutachten Kenntnis genommen hat, sieht in ihnen eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. Sie ist daher schon jetzt geneigt, innerhalb ihrer Zuständigkeit die Schlußfolgerungen der Gutachten zu billigen und deren Methoden anzunehmen, um die Durchführung des Programms der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Reparationskommission beabsichtigt, den beteiligten Regierungen die Schlußfolgerungen der Gutachten, soweit sie in ihre Zuständigkeit fallen, zur Annahme zu empfehlen. Die Reparationskommission sieht sich jedoch verpflichtet, ihre Zustimmung und ihre Initiative zurückzustellen, bis sich die Deutsche Regierung bereit erklärt, an den Plänen der Sachverständigen mitzuarbeiten. Zu diesem Zweck wird sie deutsche Delegierte Donnerstag, den 17. April anhören, wenn die Deutsche Regierung es nicht vorzieht, eine schriftliche Antwort zu geben."

* * *

Kenntnisnahme der Reparationskommission.

)(Paris. Die **Reparationskommission**, die heute vormittag eine offizielle Sitzung abhalten wird, um sich mit verschiedenen Fragen und besonders mit dem Programm der von Deutschland im Mai auszuführenden Kohlenlieferungen auf Reparationskonto zu beschäftigen, wird im Laufe dieser Sitzung **offiziell von der deutschen Antwort**, betr. die Sachverständigenberichte, **Kenntnis nehmen.** Es ist wahrscheinlich, daß die Kommission diese Antwort als befriedigend betrachten wird in Bezug auf die Bedingungen, die die Kommission in ihrer Entscheidung vom 11. April gestellt hat, in der sie bekanntlich die Annahme des Berichts der Sachverständigen durch die Reichsregierung als Vorbedingung dafür gestellt hat, die Annahme der Schlußfolgerungen der beiden Ausschüsse den alliierten Regierungen anzuempfehlen. Unter diesen Umständen könnte die Reparationskommission den alliierten Regierungen die Sachverständigenberichte offiziell übergeben, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Fragen zu prüfen, die sie allein angehen, wie die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Die Reparationskommission wird ihrerseits diese Dokumente im einzelnen zu prüfen und die Abänderungen vorzunehmen haben, die sie für nötig erachtet, bevor sie eine endgültige Entscheidung trifft.

Macdonald über die deutsche Mitarbeit.

* London. Der englische Premierminister hat in einer Unterredung, die er dem Direktor des New-Leader gewährte folgende Erklärungen gemacht: Ich kann eine direkte und beschleunigte Regelung der europäischen Probleme nicht voraussehen, aber soviel kann ich bestimmt erklären, daß die Verhältnisse zu einer Regelung heute besser stehen als zu der Zeit, als wir die Regierung übernommen haben. Bezüglich der Rolle, die **Deutschland bei den Reparationsverhandlungen** zu spielen hat, erklärte Macdonald, er habe nie verheimlicht, der festen Ueberzeugung zu sein, daß in allen Verhandlungen mit Deutschland eine freiwillige Mitarbeit des Reiches notwendig ist.

Es wäre eine Verrücktheit, zu glauben, einem anderen Lande einfach seinen Willen aufzwingen zu können. Wir müssen uns, sagte der englische Premier, dieses Land freundschaftlich näher bringen und von dem gegenseitigen Willen beseelt sein, die beiderseitigen Versprechungen zu halten.

Die von den Alliierten befolgte Politik hat die demokratischen und pazifistischen Ideen in Deutschland gefördert. Ich möchte meine Kollegen davon überzeugen, daß man jedem Land, **auch Deutschland, seine Entwicklungsfreiheit lassen muß.**

Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte der englische Ministerpräsident über die **Frage der Abrüstung**, daß er im Prinzip für eine allgemeine Abrüstung sei. Da aber eine Einigung zwischen den Alliierten und den europäischen Staaten in diesem Punkte noch nicht zustande gekommen ist, sind die Länder und auch England dann genötigt, ihre Abrüstungen zu vervollkommnen. Wenn, so erklärte er weiter, unsere Außenpolitik scheitern würde, so würden wir in Europa einer neuen Völkergruppierung beiwohnen, in der die Annäherung von Deutschland und Rußland eine große Rolle spielt. Die Umstände könnten uns zu einem neuen Weltkriegsanfang führen.

Im weiteren Verlauf der Unterredung verbreitete sich Macdonald über seine Politik und erklärte vor allem die lange Reihe der Streiks in England mit den Lohnabzügen, die die Arbeiter unter der Regierung seiner Vorgänger zu ertragen hatten, zusammenhängend.

Der deutsch-russische Wirtschaftsverkehr.

2 Jahre Rapallovertrag.

)(Moskau. In einer Unterredung mit dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Büro erklärte der Deutsche Botschafter Graf **Brockdorff-Rantzau:**

Der heute vor zwei Jahren unterzeichnete **Rapallovertrag** wurde von beiden Seiten mit vielen Hoffnungen begrüßt. Sicher ist, daß er vom Tage seiner Unterzeichnung auf die Gestaltung der gesamten weltpolitischen Lage eine tiefe, nachhaltige Wirkung ausgeübt hat. Obwohl die Gründe, aus denen beide Staaten das Programm des Rapallovertrages angenommen haben, verschieden sind, ist es durchaus natürlich, daß das Programm der Freiheit und des Rechtes auf Selbstbestimmung sie zusammengeführt hat und seit zwei wechselvollen Jahren eng miteinander verbindet. Ebenso natürlich ist es, daß beide Staaten sich mit gegenseitigem Vertrauen auch die Hand für die Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben reichen müssen. Dann werden die großen Hoffnungen sich erfüllen, die von beiden Seiten in den Rapallovertrag gesetzt wurden. Ich wiederhole heute an dem denkwürdigen Tage der Wiederkehr des Abschlusses des Rapallovertrages in zuversichtlicher Hoffnung, was ich bei der Uebernahme meines ehrenvollen Postens in Moskau vor 1½ Jahren feierlich erklärte: „Mit meinem Können und mit meiner Person werde ich mich dafür einsetzen zu beweisen, daß Rapallo eine neue Aera eingeleitet hat für das deutsche Volk und die Völker der Sowjetunion, und damit nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Welt. **Selbständig und zielbewußt wollen beide Völker vertrauensvoll zusammenwirken**, nicht nur um wiederaufzubauen, was zerstört ist, sondern um **der Menschheit neue Kulturwerte zu schaffen.** Zu unerschütterlichem Glauben an die Zukunft der Völker der Sowjetunion und an die Zukunft des deutschen Volkes, ohne die auch die Welt nicht gesunden kann, gehen sie an diese friedliche Arbeit, die ihnen niemand stören soll."

)(Moskau. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Die gesamte Sowjetpresse verzeichnet die **zweite Wiederkehr des Jahrestages des Rapallovertrages. Die hervorragende Rolle Deutschlands im Außenhandel Sowjetrußlands wird allgemein hervorgehoben.** Die Wirtschaftspresse bringt eine Uebersicht über den deutsch-russischen Wirtschaftsverkehr nach Abschluß des Rapallovertrages. Danach betrug im Jahre 1922 der Export Sowjetrußlands nach Deutschland 16[illegible] Millionen Goldrubel, der Import 187 Millionen Goldrubel. Im Jahre 1923 betrug der Export 73 Millionen Goldrubel, der Import 180 Millionen Goldrubel. Unter den Konzessionären steht Deutschland an erster Stelle. Bisher sind 16 landwirtschaftliche, industrielle und Eisenbahnkonzessionen an deutsche Firmen gegeben worden.

Eröffnung der polnischen Emissionsbank.

* Warschau. Gestern wurde die neue polnische Goldemissionsbank feierlich eröffnet. Finanzminister Grabsky hielt die Eröffnungsrede, in der er die überragende Bedeutung der neuen Bank für das polnische Finanz- und Wirtschaftsleben hervorhob. Der polnische Staat habe der neuen Bank 360 Millionen Goldfranken zur Verfügung gestellt, das heißt, dreimal mehr als die von den Aktionären gezeichnete Summe.

SLUB
Wir führen Wissen.